

Aktuelle Gesundheitspolitik im Meinungsspiegel der Ärzte

Österreichs Ärzteschaft ist mit dem Reformkurs der Gesundheitspolitik unzufrieden. Aus Sicht der Ärztinnen und Ärzte brachte er zwar Mehrarbeit in Spitälern und Ordinationen, die Arbeitsbedingungen verschlechterten sich jedoch und für die Patienten waren kaum Verbesserung spürbar. Viele Ärzte sprechen sogar von einer Verschlechterung der Versorgung.

(Wien).--- Ein Bild der weitgehender Unzufriedenheit österreichischer Ärztinnen und Ärzte mit der Gesundheitsreform präsentiert sich in einer aktuellen ÖÄK-Umfrage. Die repräsentative Befragung von 600 österreichischen Ärzten und Ärztinnen ergibt: Nur ein Bruchteil der Ärzte (Spitalsärzte: 18 Prozent, niedergelassene Ärzte: 11 Prozent) glaubt, dass sich die Versorgung auf Grund der Gesundheitsreform verbessert hat. Die große Mehrheit ist der Auffassung, es habe sich nichts verbessert – 58 Prozent der niedergelassenen Mediziner und 37 Prozent der Spitalsärzte orten sogar eine Verschlechterung der Versorgung der Patienten.

Weiters beobachten die Ärztinnen und Ärzte, dass die Arbeitsbelastung in beiden Berufsgruppen stark gestiegen ist. Die Mehrarbeit betrifft demnach allerdings weniger Tätigkeiten, die den Patienten direkt zu gute kommen, sondern vor allem zusätzliche administrative Arbeiten. Und sie äußert sich auch darin – wie im Fall der Spitalsärzte – dass mehr Patienten in der gleichen Zeit behandelt werden müssen. Auffälliger Aspekt: Die breite Mehrheit (80 Prozent) der ordinationsführenden Ärzte meint, dass die Kassenleistungen für eine optimale Versorgung der Patienten nicht ausreichen und glaubt, es komme langfristig zu einer Zwei-Klassen-Medizin (88 Prozent). 69 Prozent der niedergelassenen Ärzte meinen sogar, es werde aufgrund finanzieller Probleme der Kassen zu Versorgungsengpässen kommen.

Spitalsärzte: Arbeitsbedingungen noch weiter verschlechtert

Insgesamt nehmen fast drei Viertel (71 Prozent) der Spitalsärztinnen und –ärzte größere Arbeitsbelastungen als noch vor vier Jahren wahr. Fast jede(r) Zweite (46 Prozent) kritisiert auch, die Arbeitsbedingungen hätten sich in den letzten vier Jahren verschlechtert. Das bedeutet eine Verfestigung des Negativtrends, der sich bereits bei einer großen Umfrage unter 2.000 Spitalsärztinnen und –ärzten 2003 gezeigt hatte. Schon damals hatten die Spitalsärzte eine hohe Unzufriedenheit mit ihren Arbeitsbedingungen geäußert und nannten als Stressfaktor Nummer Eins die zunehmende Bürokratieflut zu Lasten ärztlicher Tätigkeiten sowie Personalknappheit und zunehmenden Zeitdruck.

Diese Situation hat sich nicht verbessert, sondern im Trend noch weiter verschlechtert: So gibt eine breite Mehrheit von 87 Prozent der Spitalsärztinnen und –ärzte an, die administrativen Aufgaben seien in den letzten vier Jahren mehr geworden. Über die Hälfte der Spitalsärztinnen und –ärzte (57 Prozent) erklärt ferner, täglich in der gleichen Zeit mehr Patienten behandeln zu müssen. Und auch die Ausbildungssituation der Turnusärzte liegt - aller Kritik und politischen Versprechungen zum Trotz – weiterhin im Argen: Rund jede(r) zweite befragte Spitalsarzt/ärztin (51 Prozent) gibt an, die Ausbildungsbedingungen für Turnusärzte hätten sich sehr oder eher verschlechtert. 72 Prozent der befragten Spitalsärzte vertreten vor diesem Hintergrund die Ansicht, es solle zu einer Leistungsverlagerung in den niedergelassenen Bereich kommen.

Niedergelassene Ärzte: Mehrarbeit bei über drei Viertel

Ähnlich die Situation bei den niedergelassenen Ärzte. Auch hier fasst eine breite Mehrheit von über drei Viertel der Befragten (79 Prozent) zusammen, die Reform habe ihnen und ihren Assistenzen Mehrarbeit gebracht. Durchschnittlich ist die Arbeitsbelastung um rund 20 Prozent gestiegen (Allgemeinmediziner: 23,7 Prozent – Fachärzte: 16,2 Prozent). Auch die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert: So fühlen sich die Mediziner durch den neuen Erstattungskodex bzw. die Chefarztpflicht (64 Prozent) sehr oder eher belastet. Die finanziellen Auswirkungen durch geringe Kassentariferhöhungen empfinden sie zu 62 Prozent als Belastung. Wobei sich für jede(n) zweite(n) Befragte(n) (53 Prozent) die wirtschaftliche Situation generell eher verschlechtert hat.

Die e-Card verliert offenbar nur allmählich ihre Kinderkrankheiten – auch sie ist noch für 45 Prozent der Befragten eine Belastung, ebenso stellt die durch hohen Dokumentationsaufwand komplizierte neue Vorsorgeuntersuchung (35 Prozent) und das elektronisches Bewilligungsservice (35 Prozent) für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte eine Belastung dar.

Nur noch jede zweite niedergelassene Ärztin bzw. jeder zweite niedergelassene Arzt fühlt sich im übrigen noch als Angehörige eines freien Berufsstandes.

Bürokratie überall Grund für Verschlechterung der Versorgungslage

Die Gründe, die die Ärztinnen und Ärzte für eine Verschlechterung der Versorgung der Patienten für ausschlaggebend halten, sind vielfältig. Sie decken sich jedoch bereichsübergreifend beim Punkt Bürokratie, die ein Drittel der niedergelassenen Ärzte (33 Prozent) und ein Fünftel (21 Prozent) der Spitalsärzte als Ursache für die wahrgenommene Misere ausmachen.

Während die Spitalsärzte überwiegend Personalmangel (38 Prozent), allgemeine Sparmaßnahmen (27 Prozent), Bettenabbau (20 Prozent) und die Auswüchse dieser Entwicklung z.B. zu wenig Zeit für Patienten (14 Prozent), Wartezeiten (13 Prozent) und Überbelag (10 Prozent) als Ursachen orten, finden die niedergelassenen Ärzte vor allem Anstoß daran, dass die Zugangshürden für die Patienten zur Versorgung höher geworden sind. So beobachten 42 Prozent einen schlechteren Zugang zu Medikamenten, immerhin jeder Vierte (26 Prozent) nennt den Zugang zu Heilbehelfen und Wartezeiten (26 Prozent) als Grund für verschlechterte Versorgung, sowie generell Einsparungen beim Patienten (sechs Prozent).

Sicht der Ärzte: Schere zwischen Mehrarbeit und Versorgung

Der Umfrage zufolge öffnet sich aus Sicht der Ärzte insgesamt eine breite Schere zwischen dem, was Ärztinnen und Ärzte an Mehrarbeit leisten und dem, was den Patienten direkt davon zu Gute kommt.

Die Unzufriedenheit über die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen äußert sich in einer breiten Protestbereitschaft. 63 Prozent der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte wären angesichts der Entwicklung für Protestmaßnahmen gegen den aktuellen Reformkurs im Gesundheitswesen und würden diese zu 92 Prozent auch durch aktive persönliche Teilnahme unterstützen. Von den Spitalsärztinnen und -ärzten sind es 59 Prozent, die sich für Protestmaßnahmen aussprechen – von jenen würden 82 Prozent entsprechende Maßnahmen durch aktive, persönliche Beteiligung von Aktionen etc. unterstützen.